

Wahlprüfsteine - Arbeitsgemeinschaft Jugendarbeit

1. Jugendförderplan

1.1 Förderung der Themen Drogenprävention, Medienpädagogik, psychosoziale Gesundheit und Inklusion im Rahmen der Jugendarbeit?

SPD: Die offene Kinder- und Jugendarbeit soll durch Förderung von Kinder- und Jugendprojekten mit den genannten Schwerpunkten in den vorhandenen Strukturen erweitert werden. Vorhandene Qualität und finanzielle Untersetzung des Jugendförderplanes soll gesichert und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Projekte in den genannten Themenbereichen sollen weiterhin gefördert und gestärkt werden. Strukturen für gelingende Inklusion sollen gestärkt werden. Zudem soll ein Schwerpunkt auf die Prävention gelegt werden, wobei die fachdienstübergreifende Vernetzung eine stärkere Rolle spielen soll.

Linke: Einrichtungen und Projekte, die durch den Jugendförderplan gefördert werden, müssen personell und materiell in die Lage versetzt werden, diese Themen und die damit verbundenen Aufgaben erfüllen zu können. Bereits bestehende, einrichtungsübergreifende Projekte müssen gestärkt werden. Die niedrigschwellige Drogenprävention muss gestärkt werden. Fonds für neu entstehende Initiativen zu oben genannten Themen sollen niedrigschwelliger erreichbar sein und der Zugang soll Qualitätskriterien folgen.

Bürger für Jena: Eine nachhaltige Integration der Themen in den Jugendförderplan wird als sinnvoll erachtet, allerdings in Form von langfristigen Projekten. Zudem könnten diese Themenbereiche mit Beteiligungsprojekten von jungen Menschen angegangen und das Umfeld der Jugendlichen in diese Projekte integriert werden.

FDP: Pro Integration der Themen in den Jugendförderplan / mit Fokus auf Schulsozialarbeit und Drogenprävention.

Bündnis 90/Grüne: Eine bedarfsgerechte Kinder- und Jugendarbeit soll Bestandteil der Jenaer Bildungslandschaft bleiben. Die Themen Nachhaltigkeit und ökologische Orientierung sollen stärker als bisher berücksichtigt werden. Alle Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sollen sich explizit dieser Thematik stellen. Die Themen wie Drogenprävention und Medienpädagogik sind im Zusammenhang mit der psychosozialen Gesundheit zu sehen und sollen durch die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe gefördert werden.

1.2 fest verankerte Tarifangleichung für alle Träger in den kommenden Jugendförderplänen?

SPD: Die automatische Tarifangleichung im Jugendförderplan soll beibehalten werden. Tarifpolitik soll allerdings bei den Trägern im Aushandlungsprozess mit den Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen stattfinden.

Linke: automatische Tarifangleichung wird unterstützt. Hoheitsprinzip der Träger beinhaltet unterschiedliche Tarifverträge. In diese Hoheit der Träger soll

nicht eingegriffen werden. Stattdessen werden Vorschläge unterstützt, wie bspw. die Refinanzierung der Personalkosten in Höhe des TVÖD.

Bürger für Jena: setzen sich für gleichen Lohn für gleiche Arbeit von Mitarbeitern freier Träger und der Stadt ein.

FDP: Pro fest verankerte Tarifangleichungen in den kommenden Jugendförderplänen - unter Haushaltsvorbehalt

Bündnis 90 Grüne: setzen sich für eine tariforientierte Bezahlung ein, um die Lücke zu Angestellten im öffentlichen Dienst zu schließen. Auch der Erfahrungsstufenanstieg für die Mitarbeiter*innen der freien Träger soll umgesetzt werden.

2. Kooperation Schule, Jugendarbeit & Politik

2.1 personelle Aufstockung der Schulsozialarbeit?

SPD: Die nach Richtlinie festgelegten, bestehenden Personalstandards in der Schulsozialarbeit, die sich nach der Schüleranzahl richten, sollen gesichert und an allen Schulformen ausgebaut werden. Diese Richtlinie soll überarbeitet und den gegenwärtigen Bedarfen angepasst werden.

Linke: Ausweitung der Schulsozialarbeit auch auf Grundschulen und die Jahrgangsstufen 1-4 der Gemeinschaftsschulen, sowie personelle Aufstockung der Schulsozialarbeit, neben den Schüler*innenzahlen auch auf Grundlage der sozialräumlichen Situation. Finanzierung in Zusammenarbeit von Bund Land und Kommunen.

Bürger für Jena: mehr Sozialarbeiter in sogenannten Brennpunktschulen, da diese mitunter wichtigste und einzige verlässliche Bezugspersonen für manche Kinder sind.

FDP: stärkere finanzielle Unterstützung der Schulsozialarbeit - unter Haushaltsvorbehalt

B90 Grüne: Die Schulsozialarbeit sollte künftig auf der Basis eines Sozialindex, der den Wohnort der Schüler*innen berücksichtigt, auf die Schulen verteilt werden. An den Grundschulen sollte es ebenfalls ein sozialpädagogisches Angebot geben.

2.2 Soll Schulnetz- und Schulentwicklungsplanung im Jugendhilfeausschuss erfolgen?

SPD: es ist sinnvoll und wünschenswert aus fachlicher Perspektive, Vertreter*innen des Jugendhilfeausschusses und Akteure der Jenaer Bildungslandschaft in die fachliche Beratung einzubeziehen. Hierfür wäre das Forum Bildung ein geeignetes Gremium. Auf formaler Ebene fällt die

Schulnetzplanung allerdings nicht in den Zuständigkeitsbereich des Jugendhilfeausschusses und gehört somit nicht zu dessen Aufgabenbereichen.

Linke: Jugendhilfeausschuss sollte in die Schulnetzplanung deutlich stärker als zuvor einbezogen werden und bspw. 2 Mitglieder (mind. mit beratender Stimme) entsenden

Bürger für Jena: Schulnetzplanung ist beim Sonderausschuss des Kulturausschusses angesiedelt, der das politische Gremium für Bildung in Jena ist. Vorstellbar wäre, dahingehend Erwachsenenbildung zu unterscheiden

FDP: offen für den Vorschlag die Schulnetz- und Schulentwicklungsplanung im Jugendhilfeausschuss erfolgen zu lassen

B90 Grüne: Die Beschlussfassung zur Schulnetzplanung soll in einer gemeinsamen Sitzung beider Ausschüsse (Kultur- und Jugendhilfeausschuss) erfolgen.

2.3 Gründung einer AG aus Vertreter*innen der AG Jugendarbeit, des Jugendhilfeausschusses und der Bildungslandschaften für oben genannte Thematik?

SPD: Sprechen sich für die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft aus. Allerdings im Rahmen des Forums Bildung.

Linke: Mehr gesellschaftliche Partizipation im Bereich der Schulnetzplanung und Einbeziehung der verschiedenen Akteure der Bildungslandschaften notwendig.

Bürger für Jena: -

FDP: Die Gründung einer AG zur Umsetzung der oben genannten Thematik wird unterstützt

B90 Grüne: Es wird ein gemeinsamer Unterausschuss angestrebt, der aus Vertreter*innen des Kultur- und Jugendhilfeausschusses besteht.

3. Umsetzung Kommunale Beteiligungsstrategie für Kinder und Jugendliche in der Stadt Jena (2014)

3.1 Wie soll die kommunale Beteiligungsstrategie für Kinder und Jugendliche umgesetzt und junge Menschen stärker in städtische Prozesse eingebunden werden?

SPD: Sind für eine Fortsetzung und Stärkung der Jenaer Beteiligungsstrategie, die aber überprüft und neu ausgerichtet werden muss. Frühzeitige Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen Dezernaten mit

Beteiligungsberichterstattung und einer dezernatsübergreifenden Steuerungsgruppe, an der auch das Jugendparlament beteiligt ist. Zudem konsequente Einbeziehung des Jugendparlamentes in allen kommunalpolitischen Fragen, mit regelmäßigen Sprechzeiten im Stadtrat, sowie das Weiterführen und Transparentmachen der Jugendstudie.

Linke: Partizipationsstrategie für Kinder und Jugendliche muss konsequent umgesetzt werden. Dabei sollen die Interessen aller Kinder und Jugendlichen, nicht nur die der Vertreter*innen des Jugendparlamentes berücksichtigt werden. Bisherige Praxis der Partizipation in städtischen Prozessen soll weiter ausgebaut werden.

Bürger für Jena: Für das stärkere Einbeziehen von jungen Menschen in städtische Prozesse braucht es jugendgerechte Formate, die nicht nur eine formale, sondern eine ehrliche Beteiligungsmöglichkeit bieten.

FDP: Fordern ein Antragsinitiativrecht für das Jugendparlament im Stadtrat und in den städtischen Ausschüssen.

B90 Grüne: ist bereit eine verbindliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei neuen innerstädtischen Bauprojekten zu unterstützen.

3.2 Partizipationsbeauftragte in allen Dezernaten einrichten oder ernennen?

SPD: Kann ein Ansatz sein, um Beteiligungsprozesse in allen Dezernaten besser zu verankern. Wichtig ist aber ein an der Stadtspitze beginnendes grundlegendes Verständnis von Partizipation, mit einer gemeinsamen Haltung und der Vereinbarung gemeinsamer Ziele und Maßnahmen, für die jeweiligen Dezernatsbereiche.

Linke: Pro Einrichtung von Partizipationsbeauftragten in allen Dezernaten

Bürger für Jena: Partizipationsbeauftragte in allen Dezernaten ist charmant. Dabei ist aber fraglich, ob die Argumente der Jugendlichen überhaupt gehört oder berücksichtigt werden können. Die Suggestion der Mitbestimmung ist nicht förderlich.

FDP: Pro Benennung von Partizipationsbeauftragten / aber keine neuen Stellen für diese schaffen

B90 Grüne: befürwortet Ernennung von Partizipationsbeauftragten mit guter konzeptioneller Einbindung in kommunale Strukturen.

4. Freiräume

4.1 Wie können selbstverwaltete Räume zur Verfügung gestellt und öffentliche Plätze zur freien Entfaltung und Gestaltung durch junge Menschen erhalten werden?

SPD: Wollen sich dafür einsetzen, dass jungen Menschen öffentliche Räume, in den sie sich aufhalten und entfalten können, ganzjährig zur Verfügung stehen, ohne dabei konsumieren zu müssen. Ihr Blickwinkel soll in allen Planungen mit eingebunden werden. Nutzung öffentlicher Räume, wie den Eichplatz, den Ernst-Abbe-Platz, oder das Paradies sollen allen ermöglicht werden. Dabei soll großer Wert auf eine langfristige Förderung der Straßensozialarbeit in Jena Stadtmitte gelegt werden. Selbstverwaltete Räume sollen für soziokulturelle Initiativen, kurzzeitige Wohnungssuchende und Startups zur Verfügung gestellt werden. Flächen für Graffiti-Kunst und Sonderflächen für die abendliche Nutzung über die Sperrstunden hinaus, sollen geschaffen werden.

Linke: Überdachte Flächen, mit Steckdosen und W-LAN ausgestattet, sowie kostenfreie Toiletten müssen im gesamten öffentlichen Raum geschaffen werden, die von Kindern und Jugendlichen genutzt werden können und als Treffpunkt und Sozialisationspunkte dienen. Verdrängung und verschärfte repressive Maßnahmen werden abgelehnt. Vermittlung bei divergierenden Interessen durch Akteure der Jugendarbeit. Förderung von bedarfsorientierter Soziokultur.

Bürger für Jena: Aufgrund der Bebauung von Jena ist es schwer, für Jugendliche einen Platz zu finden, ohne Ärger mit Anwohnern zu bekommen. Dahingehend ist der KulturSchlachthof günstig gelegen für die Entwicklung von selbstverwalteten Räumen für und von Jugendlichen.

FDP: Jugendliche sollen öffentliche Plätze zur freien Entfaltung und Gestaltung nutzen können. Pro Aufstockung der aufsuchenden Sozialarbeit im Innenstadtbereich, um Betreuung zu gewährleisten und Ansprechpartner bei Ruhestörungen zu haben.

B90 Grüne: befürwortet, dass weitere soziokulturelle Orte und Freiräume für Kinder und Jugendliche geschaffen werden. Will sich einsetzen, dass z.B. im Bachstraßenareal und beim Neubau der Bibliothek Platz für Soziokultur ist.

4.2 Wie wollen Sie gewährleisten, dass Verordnungen und Nutzungskonzepte von Freiflächen partizipativ entwickelt werden?

SPD: Über die Beteiligungsstrategie, die dezernatsübergreifend besser verankert werden soll. Junge Menschen sollen in alle sie betreffenden Entscheidungen und Prozesse einbezogen werden. Dabei sollte die Anhörung des Jugendparlamentes vor Erlass zum Standard werden.

Linke: -

Bürger für Jena: siehe Punkt 3.: Beteiligung

FDP: Jugendliche sollen, besonders in Vertretung durch das Jugendparlament, im Jugendhilfeausschuss mitwirken können

B90 Grüne: Die verbindliche Beteiligung der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen ist sehr wichtig. Sie setzen sich für eine integrierte Sozialplanung ein, die auch die Jugendhilfeplanung beinhaltet.

5. Mobilität

5.1 Wie ermöglichen Sie Kindern und Jugendlichen in Jena eine klimafreundliche, sichere und bezahlbare/kostenfreie Mobilität?

SPD: Ziel ist ein kostenfreier Nahverkehr für alle Bürger*innen. In der kommenden Legislatur möchte man das 365-Euro-Ticket und das Kinderticket etablieren. Das Kinderticket soll für alle Jenaer Kinder und Jugendliche den Nahverkehr kostenfrei nutzbar machen. Zudem sollen Anbindungen an den ländlichen Raum und schlechter angebundene Ortsteile ausgebaut und das Fahrradverkehrskonzept fortgeschrieben werden

Linke: setzen sich für einen kostenfreien Nahverkehr ein. Als Zwischenschritt wird die Einführung eines 1-Euro Tickets für sinnvoll gehalten. Zudem wird eine verbesserte Anbindung an Randgebiete und eine bessere Taktung, orientiert an den Interessen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, angestrebt.

Bürger für Jena: befürworten ein Kurzstreckenticket im ÖPNV und die kostenfreie Schülerbeförderung. Weitere Forderungen sind der Ausbau des Fahrradnetzes, sowie die Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten und die Einbeziehung des Fußgängerverkehr in die städtische Planung.

FDP: befürworten eine Reformierung der Schülerbeförderung. Eine Forderung ist der thüringenweite entgeltfreie Nahverkehr für Schüler*innen. Das muss aber auf Landesebene beschlossen und durch Landesmittel finanziert werden, da Leistungen der Schülermobilität Landesaufgabe sind.

B90 Grüne: befürworten kostenfreies Nahverkehrsticket für Kinder und Jugendliche sowie Investitionen in Radwegnetz.